

Ja zu einem „Sozialpakt für Europa“



Bürgerinnen und Bürger erleben immer wieder, dass europäische Politik anders aussieht, als sie erhoffen, oder ihnen PolitikerInnen vor Wahlen versprechen. Auch in Brandenburg stehen gut klingenden europapolitischen Ansprüchen allzu oft andere, teilweise diametral entgegengesetzte Lösungen entgegen. Solange das so ist, braucht man über die Ursachen für fehlendes Vertrauen in die EU nicht lange zu spekulieren. Hier muss die Politik geändert werden! Nicht nur in Europa, sondern auch auf Bundes- und Brandenburger Ebene! Bei uns im Land gibt es viele, die - gerade weil sie europäisch mitgestalten wollen - scharfe Kritik an der gegenwärtigen Politik üben. Wir LINKEN gehören dazu! Das haben wir in der Aktuellen Stunde des Landtages „Konsequent sozial – Brandenburgs Chancen in der Europäischen Union nutzen“ deutlich gemacht.

Unsere Fraktion anerkennt, dass das Europäische Parlament - im Interesse der Europäer - häufig als Korrektiv gegenüber einer Kommission und einem Rat auftrat, die genau in die andere Richtung „zerrten“. Unser Europaabgeordneter Helmuth Markow hat davon landauf, landab in unzähligen Veranstaltungen berichtet. Genauso so richtig ist aber, dass alle an der EU-Gesetzgebung beteiligten Organe die

heutige Wirtschafts- und Finanzkrise mit ihren spürbar negativen Wirkungen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit zu verantworten haben. Das blinde Vertrauen in den Wettbewerb, die deutliche Vernachlässigung des Sozialen innerhalb der Marktwirtschaft, die fast grenzenlose Ausweitung der Dienstleistungsfreiheit, der strikt verfolgte Kurs der Entstaatlichung, Privatisierung und Deregulierung, die Einschränkung der

Schutzrechten von Arbeitnehmern, also die grundlegende neoliberale Ausrichtung der EU fiel nicht vom Himmel. Sie war das Ergebnis des Agierens der bisherigen politischen Mehrheiten in der EU und auch im Europäischen Parlament, zu der regelmäßig auch die Brandenburger Abgeordneten von CDU und SPD gehörten.

Für DIE LINKE galt und gilt „KONSEQUENT SOZIAL“, und zwar auf allen Ebenen. Ganz in diesem Sinne forderten wir auch jetzt im Landtag: Nach dem „Schutzschirm für die Banken“ muss es einen „Schutzschirm für die Menschen“ geben, wir brauchen einen „Sozialpakt für Europa“. Zu diesem Sozialpakt gehört ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor in Brandenburg genauso wie die Verankerung des Vorrangs der Grundrechte/Grundfreiheiten vor den Binnenmarktfreiheiten in den Europäische Verträgen.

Vor dem Hintergrund möchte ich alle Brandenburgerinnen und Brandenburger bitten, am 7. Juni von ihrem Recht Gebrauch zu machen, das Europäische Parlament zu wählen und damit über die künftige Ausrichtung europäischer Politik mitzubestimmen.

*Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende*

Akzeptanz für Windenergie schaffen

Um den Klimawandel mit seinen Folgen noch beherrschbar zu machen, ist die Umstellung der Energieversorgung auf Erneuerbare Energien unabdingbar. Auf den wachsenden Einsatz dieser zukunftsfähigen Energieträger setzen wir beim schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohle- und Atomenergie bis 2050. Die Nutzung der regenerativen Energien, wie z.B. die Windkraft, erfolgt auch im Land Brandenburg nicht konfliktfrei. Dabei richten sich die Forderungen der „Volksinitiative gegen die Massenbebauung Brandenburgs mit Windenergieanlagen“ nicht gegen die Windkraftnutzung an sich, sondern betreffen v.a. die als zu gering empfundenen Abstände zu Siedlungs- und Naturschutzgebieten. In der Kritik stehen aber auch die unzureichende Beteiligungspolitik von Kommunen an konkreten Projekten und die seit Jahren verfehlte Kommunikation der Energie- und Klimaschutzpolitik des Landes. Eine generelle Abstandsregelungen von 1000 m zur Grenze der Ortsrandbebauung der Kommunen, die jetzt vom Landtag beschlossen worden ist, halten wir nicht für zielführend, weil

diese z.B. der technischen Entwicklung der Windkraftanlagen nicht Rechnung trägt. In einem Entschließungsantrag forderten wir u.a. die Einsetzung einer „task force“, die schwerpunktmäßig in besonders relevanten Windparks die kritisierten Missstände gemeinsam mit den jeweiligen Bürgerinitiativen überprüft und entsprechende Maßnahmen unterbreitet. Der Antrag wurde aber abgelehnt.



diese z.B. der technischen Entwicklung der Windkraftanlagen nicht Rechnung trägt. In einem Entschließungsantrag forderten wir u.a. die Einsetzung einer „task force“, die schwerpunktmäßig in besonders relevanten Windparks die kritisierten Missstände gemeinsam mit den jeweiligen Bürgerinitiativen überprüft und entsprechende Maßnahmen unterbreitet. Der Antrag wurde aber abgelehnt.

*Wolfgang Thiel,
energiepolitischer Sprecher*

Wieder nur heiße SPD-Luft in Sachen Vergabegesetz!

Die SPD will nach der Landtagswahl ein Landesvergabegesetz auf den Weg bringen. Mit einem solchen Gesetz soll zukünftig ein gesetzlicher Mindestlohn für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen geregelt werden. Aus Sicht der LINKEN ist ein Vergabegesetz zwingend notwendig, um Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten, an tarifliche Lohnzahlungen bzw. an Mindestentgeltgrenzen zu binden. So kann



Lohn-dumping wirksam eingedämmt und ein ruinöser Preiswettbewerb verhindert werden, der insbesondere kleine

und mittlere Unternehmen sowie das Handwerk gefährdet. Solche Regelungen in einem Vergabegesetz sind so lange nötig, bis auf Bundesebene ein gesetzlicher Existenz sichernder Mindestlohn eingeführt wird. Deshalb nahmen wir die Sozialdemokraten beim Wort und forderten in unserem Antrag die Landesregierung auf, zu prüfen, in welcher Weise Tariftreue und die Zahlung von Mindestentgelten sowie weiterer sozialer und ökologischer Kriterien in einem Vergabegesetz auf Landesebene rechtskonform gestaltet werden kann (DS 4/7565). Die SPD-Fraktion dagegen hält Regelungen, die soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen berücksichtigen, für nicht notwendig. Mit der Ablehnung unseres Antrages hat die SPD eine Chance verpasst, über unseren Prüfauftrag den Weg für ein noch in diesem Jahr wirksames Vergabegesetz mit Mindestanforderungen an öffentliche Aufträge auf dem Weg zu bringen. Damit wird in Brandenburg seit 10 Jahren die Notwendigkeit eines Vergabegesetzes folgenlos debattiert.

*Christian Görke,
arbeitsmarktpolitischer Sprecher*

Integrationspolitik des Landes Brandenburg

... war das Thema einer Großen Anfrage der LINKEN. Die Antwort der Landesregierung zeigt, dass es viele Bemühungen zur Integration in Brandenburg gibt. Dazu hat das Land ein Integrationskonzept entwickelt, gibt es einen Integrationsbeirat, Netzwerke und Fachdienste zur Betreuung Zugewanderter. Besonders zu würdigen sind dabei die vielen ehrenamtlich Tätigen, die diesen Menschen Hilfe und Unterstützung geben. Dafür gilt Ihnen unser Respekt und unsere Anerkennung. In den Antworten auf unsere Große Anfrage wurden aber auch strukturelle Defizite deutlich, die einer erfolgreichen Integration entgegenstehen. In der Debatte kritisierte ich die in Brandenburg geltende Residenzpflicht, das Sachleistungsprinzip, die lange Unterbringung in ortsfernen Gemeinschaftsunterkünften und geltende Zugangsbeschränkungen zum Arbeitsmarkt. Das alles sind Hürden, die vor den Asylsuchenden in unserem Land stehen. Wichtige Voraussetzung für gelungene Integration ist der Erwerb sprachlicher Kenntnisse. In lediglich sechs Landkreisen und zwei kreisfreien

Städten werden Sprachkurse angeboten. In Brandenburg ist der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund noch relativ gering. Die Tendenz ist jedoch steigend. Gleichwohl hält die Landesregierung keine besonderen Unterstützungsmaßnahmen für erforderlich. Gerade im Kita- und Grundschulalter benötigen aber diese Kinder besondere Zuwendung und sprachliche Förderung, um ihnen einen gleichen Bildungsweg mit gleichen Chancen zu ermöglichen. Viele Zuwanderer verfügen zudem über hohe Qualifikationen und Berufserfahrungen. Dieses Potenzial bleibt zu häufig ungenutzt. Dazu sollte eine entsprechende Clearingstelle eingerichtet werden. Im Ergebnis braucht Brandenburg eine offenere Migrations- und Integrationspolitik, die auf Ausgrenzung verzichtet und die Rechte und soziale Lage von Migrantinnen und Migranten verbessern will.

*Karin Weber,
Sprecherin für Asyl- Flüchtlings-
und Migrationspolitik*

Personalabbau bei der Polizei beenden!

Das wollte DIE LINKE mit ihrem Antrag, um eine erfolgreiche und bürgernahe Arbeit der Polizei in allen Bereichen zu sichern. Wir haben darin die Landesregierung aufgefordert, die bisherigen Pläne zum Personalabbau in der Polizei kritisch zu überprüfen und durch mehr Neueinstellungen den realen Erfordernissen anzupassen. Bis 2012 wird es insgesamt 1.766 Polizisten weniger geben - das ist jeder Fünfte.



Zugleich gehören Brandenburgs Polizisten zu den geringst bezahlten in der gesamten Bundesrepublik und sind tatsächlich die „Zweitbilligsten“. Neben den bereits feststehenden Wachsenschließungen in Cottbus, Jüterbog, Beeskow, Potsdam, Nauen und Zossen werden weitere folgen - die Rede ist von etwa 20 in den nächsten Jahren. Dagegen richtet sich auch der seit geraumer Zeit laufende Protest der Gewerkschaften. Die Kritik wird von

uns geteilt. Denn die Stellenstreichungen liegen vor allem in fiskalischen Motiven, im Vordergrund müssten aber die zu lösenden Aufgaben stehen. Der durch die SPD-CDU Koalition vorangetriebene Personalabbau der vergangenen Jahre hat bereits prak-

tische Auswirkungen, was z.B. der deutliche Rückgang der Aufklärungsquote bei Straftaten zeigt. In der Debatte kritisierte die SPD neben dem Personalabbau andere

Probleme bei der Polizei, konnte aber aus „Koalitionstreue“ unserem Antrag nicht zustimmen. Innenminister Schönbohm rechtfertigte den Personalabbau unter anderem mit dem Verweis auf Bayern. Er „vergaß“ aber zu erwähnen, dass dort gerade die Einstellung von 1.000 Polizisten beschlossen wurde.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
innenpolitischer Sprecher*

Koalition hält an Mittelkürzungen für Schwangerenberatung fest

Die Arbeit der Schwangerschaftsberatungsstellen wird von der Landesregierung mit 80% der notwendigen Kosten bezuschusst. Bis 2007 waren es noch 90%. Immer wieder machen die Beraterinnen auf die Folgen dieser Kürzung aufmerksam. Es leidet vor allem die sexualpädagogische Präventionsarbeit in Schulen. Auch die Mitarbeit in den „Netzwerken für gesunde Kinder“, für die sich die Koalition bei jeder Gelegenheit lobt, können die Beratungsstellen nur noch begrenzt aufrecht erhalten. Beschäftigte im Verwaltungsbereich wurden entlassen; deren Arbeit muss nun von den Beraterinnen miterledigt werden. Die „Einspar-

summe“ für den Landeshaushalt beträgt rund 500.000 Euro. Nach Auffassung der Linksfraktion ein neuerliches Beispiel für Sparübungen an der falschen Stelle und für den Widerspruch zwischen Sonntagsreden über Familien- und Kinderfreundlichkeit und realer Regierungspolitik. Der Antrag, die Finanzierung wieder auf 90% der Personal- und Sachkosten anzuheben, wurde von der Koalition abgelehnt.

*Birgit Wöllert,
sozialpolitische Sprecherin*



Schwarzer Tag für Altanschießer

Gegen alle Vernunft, gegen offensichtliche Verfassungswidrigkeit und gegen die Stimmen der LINKEN hat die Koalition ihre Änderung des Kommunalabgabengesetzes durchgedrückt. Damit sind Beitragsforderungen an Altanschießer erstmalig auch gesetzlich festgeschrieben worden. Der Gesetzentwurf der LINKEN beinhaltete dagegen, dass die bereits einmal zum 31. Dezember 2003 verjährten Herstellungsbeitragsforderungen auch verjährt bleiben. Dieses Vorgehen bestätigt der ehemalige Bundesverfassungsrichter Professor Udo Steiner in einem im Auftrag des Verbandes Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen (BBU) erstellten Gutachten, mit dem er ausdrücklich eine solche Lösung empfiehlt. Nur so werden Altanschießer von Herstellungsbeiträgen entlastet und es kann ein Schlussstrich gezogen werden.

Ziel muss es sein, endlich Rechtssicherheit und Rechtsfrieden für die Altanschießer zu erreichen.

Die nun vorgesehene Verlagerung der Verantwortung auf die Kommunen und damit auf die Zweckverbände mit differenzierten Beitragsforderungen wird die Probleme nur verschärfen und zu weiteren Rechtsstreitigkeiten führen. Der Gesetzgeber hätte die Pflicht aber auch die Möglichkeit gehabt, seinen Standpunkt klar und deutlich gesetzlich zu fixieren. Aber leider spielten politische Erwägungen in der Koalition eine größere Rolle als die tatsächlichen Probleme der Menschen. Wir werden trotzdem nicht locker lassen.

*Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg,
innenpolitischer Sprecher*

„Schuldenbremse“ ist keine Lösung

Am 5. März 2009 hat die Föderalismuskommission II letztmalig getagt und konkrete Vorschläge zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen vorgelegt. Dazu gehört u.a. die Einführung einer sog. „Schuldenbremse“ ins Grundgesetz (GG). Was heißt das genau? Konkret bedeutet das: ab 2020 dürfen die Länder überhaupt keine Schulden mehr machen. Die Verschuldung des Bundes wird auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) begrenzt. Ausnahmen gibt es nur bei schweren Rezessionen und Naturkatastrophen. Eine Übergangsregelung sieht die erstmalige Anwendung dieser Regelungen ab 2011 vor. Auch ist die Einhaltung der Vorgabe des ausgeglichenen Haushalts für den Bund ab dem Jahr 2016, für die Länder ab 2020 zwingend vorgesehen. Insbesondere die finanzschwachen Länder in Ost und West werden jedoch bereits unmittelbar nach dem Inkrafttreten der Reform mit dem Ausgabenabbau beginnen müssen, um die Nullverschuldungsgrenze zu erreichen. Angesichts des enormen finanziellen Handlungsbedarfs im Bereich der kommunalen Infrastrukturen sowie der öffentlichen Bildung, wird sich eine „Schuldenbremse“ als Investitionsbremse auswirken. DIE LINKE hat sich deshalb bundesweit gegen eine solche Regelung ausgesprochen. Eine solche Änderung des Grundgesetzes, wäre eine Zäsur im deutschen Föderalismus, denn die Länder verlieren dadurch einen Teil ihrer haushaltswirtschaftlichen Selbstständigkeit und damit ihrer Eigenstaatlichkeit. Die Landesverfassungen werden ausgehebelt. Die Budgethoheit der Landesparlamente, die bislang selbst über die Höhe der Verschuldung entscheiden konnten, wird geschwächt. Mit einem Antrag haben wir die Landesregierung aufgefordert, sich im Bundesrat gegen die Einführung eines generellen Verschuldungsverbotes einzusetzen. Wir wollen, dass Politik handlungsfähig bleibt. Das ist für uns auch der Leitsatz im Kampf gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise. Niemand kann gegenwärtig genau beurteilen, was eine Verschuldungsverbot für die öffentlichen Haushalte bis 2020 bedeutet. Deswegen ist die Schuldenbremse zum jetzigen Zeitpunkt keine Lösung.

*Ralf Christoffers,
finanzpolitischer Sprecher*

Reform der Studienreform notwendig

DIE LINKE fordert dringend eine Weiterentwicklung des 10-jährigen Bologna-Prozesses, der die bislang weitreichendste Veränderung und Umstrukturierung des Hochschulstudiums zum Ziel hat. Wichtig ist, die soziale Dimension des Studiums, insbesondere die Unabhängigkeit des Zugangs von der sozialen Herkunft, weiter auszubauen. Wichtig sind zudem größere Freiheiten im Studium (mehr Wahlmöglichkeiten und keine „Verschulung“) und die wirkliche Chance für Mobilität. In den Vordergrund gehört die Debatte über Studieninhalte und nicht nur über Strukturen. Nur so können die ursprünglichen Ziele der Bologna-Erklärung erreicht werden. In der Antwort der Landesregierung auf

unsere Große Anfrage sind Ergebnisse zu finden, die keine Erfolge sind. So konnten die Überschreitungen der Regelstudienzeit kaum reduziert werden. Zu der zentralen Frage von Abbrecher- und Erfolgsquoten hat die Landesregierung keine Daten. Außerdem konnten weder Mobilität noch Internationalität merklich verbessert werden. So stieg der Anteil der Studierenden mit Auslandssemester von 0,05% auf 0,3% – das ist marginal. Auch die Studierbarkeit muss verbessert werden. Wir fordern den Master als Regelabschluss und den Abbau von Zugangshürden zum Studium.

*Peer Jürgens,
hochschulpolitischer Sprecher*

Beauftragter für Diktaturopfer

SPD und CDU haben einen Gesetzentwurf „über den Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR und von Diktaturfolgen“ dem Landtag vorgelegt, dem leider eine überzeugende Begründung fehlt. Der Entwurf sieht vor, einen Beauftragten beim Bildungsministerium anzusiedeln, der die Diktaturen zwischen 1933 und 1989 aufarbeiten soll. Fraglich ist, ob ein solcher Beauftragter das leisten kann, was wirklich nötig ist – dass die Opfer der DDR-Represion Beachtung, Fürsorge und eine angemessene Entschädigung erfahren. Es gibt bereits zahlreiche Forschungsgruppen und -projekte, Institutionen und Einrichtungen, die sich neben der Birthler-Behörde bereits

seit Jahren der Aufarbeitung der DDR-Geschichte widmen. In Brandenburg hat es in den letzten 19 Jahren keinen solchen „Stasi-Beauftragten“ gegeben. Es gab auch keine entsprechenden Bemühungen dazu. Eine ausreichende Begründung, warum nunmehr ein solcher Beauftragter mit einem derartigen Aufgabengebiet eingerichtet werden soll, liegt bisher nicht vor. DIE LINKE hat der Überweisung des Entwurfs in dem Hauptausschuss zugestimmt und drängt auf eine Anhörung im Sinne einer kritischen Hinterfragung des vorliegenden Gesetzentwurfs.

*Heinz Vietze,
Sprecher für Bundes- und Länderpolitik*

Ausbau der Kleinmachnower Schleuse stoppen

Die Wirtschaftlichkeit des VDE 17 konnte nie nachgewiesen werden, denn es basiert auf überholten Bedarfsprognosen. Inzwischen rechnet die Bundesregierung mit einer Stagnation der Binnenschifffahrt bis zum Jahr 2025. Die derzeitige Leistungsfähigkeit dieser Wasserstraße wird also den zukünftigen Anforderungen gerecht. Der Bund sieht deshalb nur noch einen modifizierten Ausbau von Havel und Spree vor und ist vom geplanten Ausbau des Teltowkanals abgerückt. Wir meinen, dass damit auch der überdimensionierte Ausbau der Schleuse Kleinmachnow auf 190 m zur Disposition steht. Das wollten wir mit unserem Antrag erreichen.

Wir hofften, dass auch die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU die Fehlplanung und die Verschwendung von Steuergeldern endlich erkennen und die damit verbundenen massiven Eingriffe in Natur und Wasserhaushalt mit uns gemeinsam verhindern würden. Doch trotz inhaltlicher Übereinstimmung erklärte die SPD-Fraktion, Koalitionstreue zeigen zu müssen und lehnte den Antrag ab. Das Anliegen aber bleibt auf dem Tisch des Hauses – vor und nach den Wahlen. Dafür wird DIE LINKE sorgen.

*Anita Tack,
verkehrspolitische Sprecherin*



Anträge der Fraktion

- Gegen die Einführung einer generellen Schuldenbremse - DS 4/7508
- VDE 17 - Ausbau Kleinmachnower Schleuse - DS 4/7509
- Personal den realen Anforderungen anpassen - Personalabbau bei der Polizei stoppen! - DS 4/7564
- Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Kriterien bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen - DS 4/7565
- Erhöhung der Förderung der Schwangerschafts- und Schwangerschaftskonfliktberatung - DS 4/7567
- **Entschließungsantrag** zum Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - DS 4/7568 - Windkraftnutzung im Land Brandenburg - DS 4/7582



Unter dem Motto „Liebe Dein Leben - mach mit“ traten Christian Görke (re.) und Peer Jürgens bei einer gemeinsamen Veranstaltung von DAK und Landtag kräftig in die Pedale. Sie radelten zusammen in 3 Minuten 5,2 km, die Koalition nur 5,0 km.

Weiteres zu den Plenarsitzungen im Landtag Brandenburg finden sie unter:
www.rbb-online.de/imparlament/

LINKSdruck

Newsletter Nr. 04/2009